

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 14. bis 31. Januar 1928 bei tägl. zweimaliger Auslieferung frei Hans 1,50 Mk. ... Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet...

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden ... Druck u. Verlag von Krosch & Reichardt in Dresden

Schriftleitung und Hauptredaktionsstelle: Marienstr. 38 42 ... Postfach-Nr. 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe (... Dresdner Nachr.) zulässig. Unsererlei Schriftdrucke werden nicht aufbewahrt.

Minister Apelt zur Verwaltungsreform.

Vor allem Einschränkung der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung gefordert.

Das Problem der Verwaltungsreform.

Die Sitzung der Länderkonferenz am Mittwoch. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Auf.) Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder nahm heute vormittag 10 Uhr die Beratungen wieder auf...

Der bayerische Innenminister Professor Dr. Apelt wird in seinem Referat über die Verwaltungs- und Verfassungsreform einseitig auf den engen Zusammenhang hin, der zwischen beiden Reformen besteht...

die historische Entwicklung. Er wies darauf hin, daß seit der letzten Verwaltungsreform 50 Jahre vergangen seien. Das Ergebnis nach einer Reform ergab sich einmal aus den Erfahrungen der Kriegsjahre...

Mit schematischen Beschlüssen sei den Dingen allerdings nicht beizukommen. Als Beispiel verwies Dr. Apelt auf die Bestimmung des Reichsbeamtenbesoldungsgesetzes...

Schon nicht im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen. Wenn auch Untersuchungen zu dem Ergebnis geführt hätten, daß 75 Prozent der Aufwendung der Verwaltung nötig seien...

In seinem Korreferat zur Verwaltungsreform betonte der

bayerische Innenminister Dr. Stühl, daß die Verwaltungsreform auch nach dem bayerischen Standpunkt notwendig sei. Das Kernstück der gesamten Verwaltungsreform ist hiernach die Vereinfachung der Verhältnisse zwischen Reich und Ländern...

1. muß das Reich sich auf die Ausschöpfung der Jurisdiktionen in Gesetzgebung und Verwaltung auch wirklich reichswichtiger Angelegenheiten und besonders in der Gesetzgebung auf Rahmengesetze beschränken;

2. ist auf einem Gebiet der Gesetzgebung oder Verwaltung einheitliche Regelung erwünscht, aber durch Vereinbarungen der Länder erzielbar...

3. der Vorkurs der Reichsregierung muß grundsätzlich den Ländern zustehen. Ausnahmen sind auf unabsehbare Notwendigkeiten zu beschränken;

4. der Aufbau weiterer Reichsverwaltungsbehörden ist, weil er zur Zersplitterung der Länderverwaltungen führt, zu unterlassen. Bestehende Reichsverwaltungsbehörden sind auf ihre unbedingte Notwendigkeit nachzuprüfen...

5. Bei den Fonds ist die Wichtigkeit der Zwecke auf Reichs- und Landesausgaben hin zu untersuchen. Bei Reichsausgaben ist dies entsprechend zu berücksichtigen. Bestehende Fonds sind grundsätzlich schlüsselfähig und nur über die Landesregierung zu verteilen.

Nachdem der Minister diese Festsetzungen entwickelt hatte, betonte er, daß die Verwaltungsreform in den Ländern Sache der Länder sei — Richtung, Maß und Mittel der Verwaltungsreformen hätten sich nach den besonderen Verhältnissen jedes Landes zu richten...

(Bei Schluß der Debatte dauerte die Sitzung noch an.)

Die Arbeit an den Resolutionen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Jan. Die Vertreter der Länderkonferenz sind am Mittwochvormittag 10 Uhr in der Reichstagskammer wieder zusammengetreten, um ihre Beratungen fortzusetzen. Auffallend ist, wie still es im Plattersaal der Reichstagskammer geworden ist...

Es ist verfrüht, bereits heute von einem Ergebnis der Länderkonferenz sprechen zu wollen.

wie das einige voreilige Blätter zu tun beliebten. Einmal ist sie überhaupt noch nicht zu Ende, sondern die Referate, als was die Diskussion angeht. Die Resolutionen sind noch im Stadium der Vorbereitung...

Beziehungen zwischen Reich und Ländern

befassen soll und bereits gestern erörtert wurde, lag am Mittwoch vormittag einem Redaktionsausdruck vor. Ihren vorläufigen Inhalt kann man aus den Hauptreferaten und der Stimmungsfrage der Diskussion entnehmen...

Da ist zunächst wohl der wichtigste Gesichtspunkt die Feststellung der Tatsache, daß die Weimarer Verfassung dringend reformbedürftig ist. Ob dies in föderalistischer oder unitaristischer Richtung zu geschehen hat, darüber sind die Meinungen beiderseits geteilt...

Diesen Fragenkomplex dürfte also der erste Ausschuss umfassen, dem ein zweiter zur Regelung der Finanzfragen und schließlich ein dritter, der bis jetzt nur in Umriszen deutlich sichtbar ist, zur speziellen Befassung mit den oben angezeigten Verwaltungsfragen zur Seite stehen wird.

die Gegenfronten im allgemeinen

zu sagen, die deutlich genug abgezeichnet sind: Unitarismus aller Schattierungen auf der einen und jeder gefundene und an die geschichtlichen Begebenheiten anknüpfende Föderalismus auf der anderen Seite, der am härtesten aus der Rede des bayerischen Staatspräsidenten Württemberg, Bazille, sprach. Ganz offensichtlich hat sich Bazille die Gedankenführung der deutschnationalen Entscheidung zur Verwaltungs- und Verfassungsreform vom 7. Dezember 1927 zu eigen gemacht...

Erleichterter Verkehr Norwegen-Deutschland. Ministerpräsident und Außenminister Nyffe und der deutsche Gesandte Dr. Rhombert haben heute ein Abkommen zwischen der deutschen und der norwegischen Regierung über die gegenseitige Aufhebung des Stimmzwanges unterzeichnet.

Das Liquidationschadenschlußgesetz im Ausschuss.

Argendwelche Erhöhungen für das Reich untragbar.

Berlin, 18. Jan. Der Entschädigungsausschuss des Reichstages trat heute in die Beratung des Liquidationschadenschlußgesetzes ein, nachdem in den vorhergehenden Sitzungen zunächst die Vertreter aller geschädigten Verbände gehört worden waren. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Schlusregelung. Ueber den vorliegenden Entwurf besteht völlige Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Reichsrat in allen Punkten...

Schleunige Hilfe für die Landwirtschaft ist not.

Ein Appell der Koalitionsparteien an die Reichsregierung.

Berlin, 18. Januar. Die Koalitionsparteien unter Führung der Deutschnationalen haben folgende Interpellation im Reichstag eingebracht, die die Arbeit des Reichslandwirtschaftsministeriums im Reichskabinett nachdrücklich unterstützen soll: Die deutsche Landwirtschaft ist in prächtiger Blüte und am Ende ihrer Kräfte. Der Reichsregierung ist dies, wie aus zahlreichen Äußerungen ihrer verantwortlichen Vertreter hervorgeht, bekannt. Sie hat auch wiederholt auf das feierlichste erklärt, daß die Erhaltung der Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft die wichtigste Voraussetzung für den Wiederauf-

bau der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkskraft nach dem unglücklichen Kriegsausgang sei. Wir fragen an: Bis wann wird sich die Reichsregierung darüber schlüssig sein, welche sofort wirkenden und welche für die Dauer wirkenden Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhüten und das deutsche Volk vor dauernder Nahrungsunfreiheit zu bewahren?

Die Antwort der Bayerischen Volkspartei an die „Germania“.

München, 18. Jan. Auf die Kritik, die die „Germania“ gegenüber der Bayerischen Volksparteikorrespondenz in der Angelegenheit der Rede des Abgeordneten v. Guérard geübt hat, schreibt gestern die „Korrespondenz“ u. a.: Um der Klarheit der Begriffe willen sollte auch in Zentrumstreifen daran festgehalten werden, daß der Grundsatz „Das Zentrum ist eine Verfassungspartei“ und die Feststellung „Das Zentrum ist eine republikanische Partei“ nicht identisch sind. Republikanische Partei kann nur heißen, daß das Bewusstsein zur republikanischen Staatsform auch nach der ideellen Seite Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit ist. Schließlich wehrt sich die Bayerische Volksparteikorrespondenz gegen den Vorwurf, als habe sie es an der gebotenen Rücksicht auf das neugeschaffene Freundchaftsverhältnis zwischen den beiden Parteien fehlen lassen...

Kein Todesurteil gegen den Papst.

Ein sowjetrussisches Dementi. Moskau, 17. Jan. Die Tel-Agentur der Sowjetunion veröffentlicht folgende Erklärung: Die Meldung, daß der Vatikan angeblich ein Todesurteil der Sowjetregierung gegen den Papst erhalten habe, das angeblich von Stalin unterzeichnet sein soll, entbehrt jeglicher Grundlage und beruht lediglich auf einem böswilligen Scherz.